

# Aristide Briands Union européenne und der Schuman-Plan

Autor(en): **Albertini, Rudolf v.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **30 (1950-1951)**

Heft 8

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-159869>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# ARISTIDE BRIANDS UNION EUROPEENNE UND DER SCHUMAN-PLAN

VON RUDOLF v. ALBERTINI

Seit Kriegsende mehren sich die Versuche, Europa in der einen oder andern Weise eine politische Organisation zu geben. Eine seit Jahrzehnten lebendige Idee soll in die Wirklichkeit umgesetzt und damit in letzter Minute der Versuch gewagt werden, der europäischen Kräftezersplitterung mit ihren vielfältigen Spaltungen und Spannungen Einhalt zu gebieten. Ein letzter Versuch zugleich, in einer weltpolitischen Situation, die durch den Konflikt der beiden Machtkomplexe Amerika und Rußland bestimmt ist, Europa so zu organisieren, daß es aktiv an seiner Verteidigung mitwirken und damit vielleicht indirekt an der Aufrechterhaltung des Friedens beteiligt sein kann. Man wird nicht bestreiten können, daß Frankreich am meisten Initiative zeigt und führend vorangeht. Neben Churchill und Spaak hat der französische Außenminister Robert Schuman wohl am eindrucklichsten die europäischen Einigungsbestrebungen unterstützt. Mit einer erstaunlichen Ausdauer und in immer neuem Anlauf versucht er die mannigfachen Widerstände zu überwinden und auf irgend einem Wege zum Ziele zu gelangen. Die Schaffung des Ministerrates und der Assemblée consultative in Straßburg hatte er aktiv unterstützt. Versuche direkter Verständigung mit Deutschland, vor allem mit Bundeskanzler Adenauer, folgten. Der Schuman-Plan endlich mit dem Ziel, die Montanindustrien zusammenzulegen, bedeutet eine neue Etappe und ein neuer Versuch, der festgefahrenen Situation mit neuen Methoden auszuweichen und auf Umwegen weiterzukommen. Schuman hat die französische Außenpolitik vom Vorwurf der Rückständigkeit und der Ideenlosigkeit entlastet und erweist sich nicht nur als bedeutender französischer Politiker, sondern als europäischer Staatsmann.

Die entscheidende Rolle, die Frankreich in diesen Einigungsbestrebungen Europas spielt und der Versuch, auf dem Boden deutsch-französischer Aussöhnung und Interessenausgleichs eine gesamteuropäische Organisation aufzubauen, rufen unwillkürlich den Namen eines andern großen französischen und europäischen Politikers in Erinnerung: Aristide Briand. Nachdem Briand lange Jahre kaum mehr genannt wurde — als Ausnahme erinnern wir an die Zürcher Rede Churchills — und seine Politik vor allem in Frankreich als eine solche der Schwäche ausgelegt und so als mitverantwortlich für die Zeit 1936—1940 bezeichnet wurde, wird man wieder auf seinen letzten

großen Plan, der sein Werk krönen sollte, zurückkommen dürfen und müssen. Dies um so mehr, als sich mit dem Auftreten des Schuman-Planes die Publikation des Memorandums Briands zur Union européenne und dessen Diskussion im Schoße des Völkerbundes zum zwanzigsten Male jährt.

Am 5. September 1929 sprach Briand innerhalb der X. Völkerbundsversammlung von der Notwendigkeit einer föderativen Organisation der europäischen Staaten. Zur Lösung der wirtschaftlichen Spannungen und zum Abbau der Zollschranken sei die Vereinigung von Spezialisten nicht ausreichend. Die große Aufgabe müsse von der politischen Seite her in Angriff genommen werden und verlange eine Institution, die dafür die notwendigen Kompetenzen besitze. Die *solidarité des faits*, die bereits zwischen den europäischen Völkern bestehe, müsse durch ein *lien fédéral* gefestigt werden. Er, Briand, habe bereits seit einiger Zeit verschiedene Europa-Bewegungen — darunter diejenige von Koudenhove-Kalergi — unterstützt und es gelte nun, den Schritt in die Realisierung zu wagen. Die Worte Briands erregten großes Aufsehen und wurden von den Kollegen teils aufrichtig-zustimmend, teils diplomatisch-höflich begrüßt. Am 9. September wurde an einer Zusammenkunft der Vertreter von 27 europäischen Staaten des Völkerbundes die französische Regierung aufgefordert, ein Memorandum auszuarbeiten, dieses den betreffenden Regierungen zuzustellen und die Antworten zu einem Rapport zu verarbeiten, der in der nächsten Session des Völkerbundes zu beraten sei. Dieses Memorandum gab Briand Gelegenheit, sich näher zu äußern, ohne daß damit bereits ein fertiges Projekt hätte ausgearbeitet werden sollen. Notwendig sei eine Organisation «entre peuples d'Europe, d'une sorte de lien fédéral qui établisse entre eux un régime de constante solidarité et leur permette, dans tous les cas où cela serait nécessaire, d'entrer en contact immédiat pour l'étude, la discussion et le règlement des problèmes susceptibles de les intéresser en commun». Briand weist in erster Linie auf die wirtschaftlichen Probleme hin, die gelöst werden müssen, um die politische Stabilität zu erreichen und den Frieden zu sichern. Er hält aber ausdrücklich am Primat des Politischen gegenüber dem Wirtschaftlichen fest. In diesem Sinne verlangt er einen Gründungspakt und die Schaffung zweier Instanzen, einer *Conférence européenne* als «Legislative» und eines *Comité européen* als «Exekutive». Diese sollten nicht nur denjenigen des Völkerbundes entsprechen, sondern sich diesem auch eingliedern. Die Union européenne dürfe nicht gegen, sondern müsse mit dem Völkerbund arbeiten. Bestehe eines der Ziele in der Errichtung einer Zollunion, so soll nicht etwa der Zollkrieg mit den außereuropäischen Staaten verschärft werden. Im übrigen wird ausdrücklich am Prinzip der Souveränität festgehalten.

Was war der politische Hintergrund des Planes? Was wollte Briand?

Ausgangspunkt und unmittelbarer Anlaß bildete das Wirtschaftliche. Senkung und Angleich der Zollschränken, Währungsvereinbarungen und eventuell eine Rationalisierung der Produktion sollten angestrebt werden, um sowohl eine interne Gesundung der europäischen Wirtschaft zu erreichen, als auch die Position gegenüber der zunehmenden Konkurrenz Amerikas und Rußlands zu verstärken. Weder mit Expertenkonferenzen noch mit den Kommissionen des Völkerbundes war weiterzukommen. Die Wirtschaftskonferenz vom Mai 1927 war faktisch ergebnislos verlaufen, und der Versuch eines Stillhalteabkommens hatte eine allgemeine Erhöhung der Zölle zur Folge. Ein europäischer Rat solle diese Aufgabe übernehmen. Ohne selbst eigentliche legislative Gewalt zu besitzen, sollen seine Kompetenzen so weit gefaßt sein, daß hier Erfolge in den Bereich der Möglichkeit rücken. Besteht ein engerer europäischer Verband, so wird es möglich sein — hoffte Briand —, einen gewissen Druck auf die Regierungen auszuüben, wodurch seinerseits das Prestige des europäischen Rates erhöht wird. Briand hat zweifellos an den weiteren Ausbau und an die Übertragung neuer Aufgaben und Kompetenzen an die beiden Räte gedacht. Dieser Versuch, in der wirtschaftlichen Wirrnis Europas Ordnung zu schaffen und eine gewisse Stabilität herzustellen, war aber für Briand nur ein erster Schritt und ordnet sich als notwendiges Glied in ein größeres Ganzes ein. Er sieht in den wirtschaftlichen Spannungen eine Gefährdung des Friedens in Europa und damit in der Welt. Jeder Versuch, diese Spannungen zu überbrücken, in gewissem Sinne zu rationalisieren und Ordnung zu stiften, ist zugleich ein Schritt in der Sicherung des Friedens. Frieden aber ist für das Frankreich der ersten Nachkriegszeit immer an den Begriff der Sicherheit gebunden. Ohne die Gewährleistung der Sicherheit gegenüber Deutschland ist kein Friede möglich, ist dieser auf alle Fälle nicht von Dauer und kann zu neuen Komplikationen Anlaß geben. Eine Union européenne hat den Zweck und das Ziel, die «Sicherheit zu sichern», d. h. der bis anhin erreichten Sicherheit eine weitere Organisation zu geben und noch fester zu stabilisieren. Indem man nicht mehr nur im Völkerbund zusammen ist und durch Verträge wie den Locarno- und den Kellog-Pakt verbunden ist, sondern gemeinsam einer engeren Organisation angehört, sollte die Chance erhöht werden, in Zukunft die Differenzen auf friedlichem Wege, gewissermaßen intern zu erledigen. Wenn man bereit war, auf gewisse Positionen zu verzichten und zugleich Deutschland heranzog, mußte sich für Briand die Aussicht noch mehr verdeutlichen, dem französisch-deutschen Gegensatz die Spitze zu brechen und ihn in ein normales Verhältnis umzuwandeln. Die Forderung nach einer

Union européenne bildet daher in der Politik Briands ein letztes Glied in einer Reihe von Bestrebungen, die von seiner Stellungnahme in den Verhandlungen in Cannes 1922 über Locarno und die Besprechungen in Toiry zum Kellog-Pakt führte. Hatte man in Locarno in einem frei geschlossenen Vertrag eine Anerkennung der Rheingrenze durch Deutschland und die englische Garantie erhalten und im Kellog-Pakt eine Ächtung des Krieges, so mußte eine europäische Organisation diese Bindungen noch festigen und damit die Sicherheit erhöhen. Kann man Locarno als den «wirklichen Friedensschluß» (v. Muralt) des ersten Weltkrieges bezeichnen, so hätte in der Absicht Briands mit der Union européenne und mit einigem guten Willen von beiden Seiten die produktive Arbeit im Aufbau mit Aussicht auf Erfolg begonnen werden können. Diese neue Organisation hätte als friedensstiftende und friedenssicherndes Instrument wiederum auf die gesamte politische Situation und damit auf den Völkerbund zurückwirken sollen. An sich waren diese Bestrebungen ja einer gewissen Krise des Völkerbundes erwachsen, insofern er eben zur Regelung der wirtschaftlichen Aufgaben nicht genügte und im weiteren nach neuen Sicherungen verlangte. Der Völkerbund als universale Organisation hatte den Eindruck aufkommen lassen, zu weit gespannt zu sein in bezug auf die bereits faktisch vollzogene Integration der verschiedenen möglichen Konfliktsphären. Zur Lösung an sich eher regionaler Spannungen schien eine engere Staatenverbindung zweckdienlich, die ihrerseits wiederum dem Völkerbund neue Kräfte zuführen sollte. Indem man innerhalb des Völkerbundes eine europäische Union aufbaute, die hier den gefährlichsten politischen Kern und den möglichen Ausgangspunkt neuer Konflikte sicherte, hätte der vom Völkerbund vertretene Gedanke der schiedsgerichtlichen Vereinbarung eine weitere Stärkung erfahren. Man sieht, Briand konnte in seiner Union européenne die verschiedenen Gesichtspunkte der Politik Frankreichs vereinen: die wirtschaftliche Zukunft, die politische Sicherheit, die Idee des Friedens und die Aufrechterhaltung des Status quo innerhalb einer durch das Schiedsgericht gesicherten Ordnung. Zugleich war der Einfluß Frankreichs in der europäischen Politik erhalten. Hier aber tauchten für die anderen europäischen Staaten die Schwierigkeiten auf und hier ist letztlich das Scheitern des Briand-Planes erfolgt.

Die neue Aktion Briands hatte in der europäischen öffentlichen Meinung sehr geteilte Aufnahme gefunden. Die Gegensätze von rechts und links verschärften sich. Während Briand der Zustimmung der Linkskreise versichert war, aber gegen die verschärften Angriffe von rechts, vor allem von Seiten der Action française einen schweren Stand hatte, war in Deutschland nach dem Tode Stresemanns (9. Oktober 1929) die Gruppe Hugenberg stärker in den Vordergrund ge-

treten und gewannen die nationalistischen Elemente an Boden. Der Young-Plan wurde in beiden Ländern teils als zu hart, teils als zu nachgiebig kritisiert, und auch die vorzeitige Räumung des Rheinlandes hatte keine eigentliche Entspannung gebracht. Andererseits hatten sich an der Londoner Flottenkonferenz die Gegensätze zwischen Italien und Frankreich deutlicher abgezeichnet. Mussolini sprach drohende Worte und meldete Ansprüche an.

Mitte 1930 waren die Antworten der europäischen Regierungen in Paris eingetroffen und Briand konnte an der XI. Session des Völkerbundes im September den verlangten Rapport erstatten. Die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit in Europa, in erster Linie in den wirtschaftlichen Belangen, war nicht bestritten und die Initiative Briands sehr höflich aufgenommen worden. Die Einwände und die Kritik aber waren mannigfaltig und recht deutlich. Einmal stellte sich das Problem der Souveränität, deren Unantastbarkeit verschiedentlich ausdrücklich betont wurde. In der Tat lag hier eine innere Schwäche des Vorschlages. Wie war eine Union fédérale denkbar, die wirklich mit Autorität auftreten und Spannungen lösen konnte, wenn man strikte an der Souveränität der Einzelstaaten festhielt? Verschiedene Regierungen wollten daher von gemeinsamen Behörden nichts wissen, da diese mit der Souveränität nicht vereinbar seien und zudem dem Völkerbund wichtige Aufgaben vorenthielten. Im weiteren stellte sich die Frage der Gleichberechtigung, die Möglichkeit neuer Grenzverschiebungen und die Änderung der Friedensverträge. Italien und Deutschland wollten ihre Zustimmung zum Plan Briands von der Anerkennung der Gleichberechtigung der Staaten abhängig machen und wünschten zudem die Aufnahme Rußlands und der Türkei. Die verschiedenartige Beziehung der Sieger- und Besiegtenmächte zum Völkerbund kam hier wiederum zum Ausdruck. Versuchten Frankreich und die Ententestaaten die erreichten Positionen zu sichern, so wollten sich die andern keineswegs mit dem Status quo begnügen. Die Aufnahme Rußlands und der Türkei hätte ihre Position gestärkt, sofern nicht in diesen Ergänzungsvorschlägen — vor allem von Seiten Italiens — ein Torpedierungsmanöver des ganzen Planes zu sehen ist. Auf alle Fälle hätte hier Briand nie zustimmen können, da er an der Eingliederung seiner Union in den Völkerbund festhielt und nicht außerhalb stehende Mächte als Mitglieder aufnehmen konnte. Außerdem sah man in den ablehnenden Kreisen Deutschlands, Italiens, aber auch Englands im Briand-Plan einen neuen Versuch Frankreichs, eine gewisse europäische Hegemonie auszuüben und sich diese Stellung auf diesem Wege endgültig zu sichern. Diese Kritik traf insofern ein Richtiges, als die französische Politik seit dem Weltkriege in- und außerhalb des Völkerbundes oft diesen Charakter gehabt hatte, und vielleicht auch bei

Briand der Gedanke mitgespielt hat, am Ende seiner politischen Laufbahn die Rolle eines europäischen Schiedsrichters übernehmen zu können.

Eindeutige Ablehnung kam jedoch von England. Es glaubte mit der Unterzeichnung des Locarno-Paktes Frankreich genügend weit entgegengekommen zu sein und wollte sich nicht weiter in die europäischen Angelegenheiten einlassen. Es gab vor, die Notwendigkeit einer speziellen Organisation Europas nicht einzusehen, da der Völkerbund und seine Unterkommissionen zur Lösung dieser Aufgaben ebenso befähigt seien. Zudem sei Großbritannien durch seine Beziehungen zu den Dominions gebunden. Nach dem Rücktritt Austin Chamberlains, der Briand freundschaftlich verbunden war, betonte England unter Mac Donald seine isolationistische Politik wieder deutlicher. Es versucht außerdem, seiner wirtschaftlichen Krise und seinen Exportschwierigkeiten nicht durch Intensivierung des europäischen Marktes, sondern durch den wirtschaftlichen Ausbau seiner Commonwealth-Beziehungen zu begegnen. Die Empire-Konferenzen setzen ein und das Praeferenzzollsystem von Ottawa 1932 kündigt sich bereits 1930 an.

Diese Gegensätze und Widerstände zeigten sich wiederum sehr deutlich, als in der Völkerbundsversammlung die verschiedenen Vertreter nochmals ihre Positionen darlegten. Ohne etwas zu beschließen, wurde eine Commission d'études pour l'Union européenne bestellt, mit dem Auftrag, der nächsten Session einen genaueren Vorschlag zu unterbreiten. Als Präsident wurde später Briand gewählt.

Mittlerweile aber trat die Wirtschaftskrise in ihr akutes Stadium. Versuche, europäische Zoll- und Währungsabkommen zu schließen, schlugen fehl. Je schwieriger sich die Lage in den einzelnen Ländern gestaltete, desto schwieriger wurde es, einen gemeinsamen Nenner zu finden und zu einer gesamteuropäischen Lösung vorzustoßen. In Deutschland war der Kurs nun eindeutig auf nationalistisch gestellt, nachdem in den Wahlen vom 14. September 1930 die nationalsozialistische Fraktion des Reichstages rapid anwuchs. Die deutsch-österreichische Zollunion und deren auf Antreiben Frankreichs erfolgte Aufhebung hatte die Spannungen erhöht. Briand selbst hatte im französischen Parlament einen schweren Stand. Am 22. Oktober 1930 mußte seine Regierung zurücktreten, er behielt zwar unter Tardieu weiterhin das Außenministerium, erlitt aber nochmals in der Wahl zum Präsidenten der Republik eine Niederlage. Seine letzten Anstrengungen galten seinem Werk in Genf. Es zeigte sich aber bald, daß von einer europäischen Organisation im eigentlichen Sinne nicht mehr zu reden war und die Konstitutierung eines Comité und einer Conférence aufgegeben werden mußte. Die XII. Völkerbundsversammlung stand unter dem Druck der Wirtschaftskrise, einer neuen Situation in Deutschland und den Schwierigkeiten in der Abrüstungs-

frage. Der Plan der Union européenne wurde bald darauf ad acta gelegt.

Es ist zweifellos müßig, im historischen Rückblick die Wenn-Frage zu stellen und die Möglichkeiten eines eventuellen anderen Verlaufes zu diskutieren. Dennoch wird man sich die Frage stellen dürfen, wie sich 1936 beim deutschen Einmarsch in die Rheinlande — zweifellos ein entscheidendes Datum der Zwischenkriegszeit — beim Bestehen einer irgendwie organisierten Union européenne die europäische und insbesondere die französische Lage dargestellt hätte. Wenn man bemerkt hat, daß Locarno weniger ein großer Erfolg als eine große Illusion (Beaumont) gewesen sei, und daß die Isolierung Frankreichs auf dem Kontinent weitergedauert habe, so ist dies insofern richtig, als es nicht gelang, den weiteren Schritt ebenfalls zu tun und über die französisch-deutsche Annäherung und die Beilegung der wichtigsten Differenzen hinaus zu einer Organisation und organisationsmäßig unterbauten Zusammenschluß der europäischen Staaten zu gelangen. Dem selbständigen Vorgehen Deutschlands wäre hier zweifellos eine gewisse Schranke vorgeschoben und die Möglichkeit einer unmittelbaren Reaktion von Seiten des restlichen Europas verstärkt worden. Man weiß ja heute, wie wenig 1936 zu einem Eingreifen Frankreichs gefehlt hatte, und daß nur die Isolierung Frankreichs entschied. Briand wollte aber gerade durch die Union européenne aus dieser Isolierung hinauskommen und ein gemeinsames Vorgehen ermöglichen. Es scheint uns daher kaum widerlegbar: der Plan Briands war mehr als nur ein Versuch, die dominierende Stellung Frankreichs zu erhalten, aber auch mehr als nur Ausdruck eines unpolitischen Friedensmystizismus. Die Union européenne Briands hatte die Aufgabe, die nationalen Interessen mit denjenigen Europas und mit der Erhaltung des Friedens zu verbinden und bildete ein Element jener Politik, die Locarno als Ergebnis zeitigte und die als konstruktive europäische Politik bezeichnet werden muß.

Man wird in unserer Skizze der Bestrebungen Briands und der damaligen Schwierigkeiten und Spannungen bereits die mannigfachen Parallelen zum Plane Schumans und der heute gegebenen Situation festgestellt haben. Diese mögen hier noch kurz etwas beleuchtet werden.

Nachdem der große Sprung, die Schaffung eines europäischen Parlamentes in Straßburg, nicht gelang, hat Schuman versucht, nun vom Wirtschaftlichen her dem Ziele näher zu kommen. Um aber nicht bei einer Kartell-Bildung und organisatorisch-technischen Vereinbarungen stehen zu bleiben, hat sich automatisch die Notwendigkeit einer eigenen politischen Behörde — die Haute autorité — ergeben. Die Parallelität mit dem Vorgehen Briands ist auffallend. Schuman ist allerdings vorsichtiger und bemüht sich vorerst nicht



um eine allgemeine Zollunion, sondern nur um einen bestimmten Ausschnitt. Dafür soll seine Haute autorité bindende Beschlüsse fassen können und geht daher weit über die Conférence européenne Briands hinaus. Aber auch Schuman muß am Primat des Politischen festhalten und muß mit aller Energie gegen ein Abfallen in rein wirtschaftliche Vereinbarungen ankämpfen. In der politischen Frage aber zeigt sich auch der heftigste Widerstand. In der Diskussion im August dieses Jahres ging es darum, ob und welche Kompetenzen dieser Kontrollbehörde übertragen werden sollen. Das heißt aber wiederum, ob überhaupt ein erster Schritt zu einer effektiven europäischen Organisation getan wird. Selbstverständlich ist das Problem der Souveränität wiederum im Zentrum; kaum ein Staat will im Grunde darauf verzichten. Seit 1930 ist hier jedoch ein gewisser Fortschritt festzustellen, insofern damals Briand ausdrücklich an der völligen Souveränität der Einzelstaaten festhalten wollte und mußte — damit aber auch gewisse interne Unklarheiten seines Planes nicht umgehen konnte —, während heute bereits über die Aufgabe eines „Teiles der Souveränität“ diskutiert werden kann. Gelang damals nicht einmal die Schaffung einer konsultativen Instanz, so besteht diese heute in Straßburg und die europäischen Einigungsversuche vollziehen sich bereits innerhalb einer gewissen europäischen Organisation. Die Bestrebungen sind jetzt auf ihren weiteren Ausbau gerichtet.

Auch Schuman sucht das Problem Deutschland einer endgültigen Lösung entgegenzuführen. Briand glaubte großes Gewicht auf die Garantierung der Grenzen legen zu müssen, während Schuman eher vom Wirtschaftlichen ausgeht. Durch seinen Plan soll dann seinerseits das schwierige Problem der Saar geregelt werden. Geändert aber hat sich die weltpolitische Situation, innerhalb der die Integrierung Deutschlands in eine zu organisierende europäische Föderation nur eine Teilaufgabe, nur ein wichtiger Teilaspekt darstellt. Briand hoffte mit seiner Union européenne der Krise des Völkerbundes entgegenzuwirken und durch eine interne Organisation Europas diesen wiederum zu stärken. Es war für ihn der letzte Versuch, den Frieden endgültig zu sichern und dennoch die Position Frankreichs zu erhalten. Heute hat sich die Situation geändert. Die deutsche Frage und die europäischen Spannungen sind ihrerseits überdeckt vom Konflikt zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten. Die Bestrebungen zu einer europäischen Organisation stehen in unmittelbarer Beziehung zu ihm, insofern sie die Verteidigung des europäischen Raumes unterstützen, ja überhaupt ermöglichen soll. Es ist kein Zufall, wenn im August dieses Jahres in Straßburg der europäische Zusammenschluß und die Aufstellung einer europäischen Armee nicht nur parallel beraten wurden, sondern der erste als Voraussetzung der zweiten angesehen wurde. Zweifellos können weiterhin neue Koordi-

nierungen auf bilateralem Wege oder über den Atlantikpakt erfolgen, eine Lösung im konstruktiven Sinn wird sich aber daraus kaum ergeben. Auch die deutsche Frage kann so nicht sauber und dauerhaft gelöst werden. Die Sicherheit gegenüber Deutschland bleibt für Frankreich wichtig, ordnet sich aber bereits einer größeren und noch schwieriger zu lösenden Aufgabe unter. Das ganze Problem der Rüstung erhält eine neue Bedeutung. Briand hoffte durch die Union européenne die Voraussetzung für die Abrüstung geschaffen zu haben, ohne auf die Sicherheit Frankreichs verzichten zu müssen. Es beleuchtet die gegenwärtige weltpolitische Lage, wenn es heute nicht um Abrüstung, sondern um Aufrüstung geht; diesmal eben um Aufrüstung, ohne auf die Sicherheit verzichten zu müssen.

Den Einwand, Frankreich suche sich nur seine Hegemoniestellung in Europa zu sichern, wird man heute nicht mehr machen können. Das Näherrücken der russischen Grenze und das ungünstige Verhältnis der Streitkräfte, die wirtschaftliche Situation der westeuropäischen Staaten bezeichnen heute eine Situation, die für jene Absichten und Hintergedanken der Zwischenkriegszeit keinen Platz mehr bieten. Die Bedrohung von dritter Seite bringt es mit sich, daß einerseits die deutsch-französische Rivalität eher zurücktritt, der europäische Gedanke und die europäischen Anstrengungen in der Politik Frankreichs jedoch heute deutlicher zum Ausdruck gelangen können.

Wie die Union européenne Briands, so hat auch der Schuman-Plan in seiner ursprünglichen Form wie in seinen Abänderungen und Umstellungen heftige Kritik gefunden. Einige Verschiebungen sind zu verzeichnen. Waren die europäischen Anstrengungen der Zwischenkriegszeit oft von leitenden Politikern wie Stresemann, Briand, Herriot ausgegangen, so ist heute eher das Gegenteil, nämlich ein Druck von Seiten der öffentlichen Meinung, sichtbar. Wenn Bidault vorschlug, in Umgehung des Ministerrates direkt an die Parlamente der Einzelstaaten zu gelangen, so ist dies bezeichnend. Die nationalistische Opposition hat heute zweifellos an Gewicht eingebüßt, während der wirtschaftliche Widerstand vielleicht eher hartnäckiger wurde. Italien gehört heute unter Einaudi, De Gasperi und Sforza zu den eifrigsten Vertretern der europäischen Einigungsbestrebungen, während Deutschland nicht abgeneigt ist, aber auf seine Wichtigkeit pochen und Forderungen stellen wird. Entscheidend aber ist in den letzten Monaten die Haltung Englands geworden, das sich wie zur Zeit Briands deutlich zurückhält und sich weiterhin von allzu direkter europäischer Bindung distanziert. Wir haben hier nicht näher darauf einzugehen. Sicher hat die Argumentierung mit dem Commonwealth an Überzeugungskraft eingebüßt, aber um so deutlicher zeigen sich die wirtschaftlichen Rücksichten. Dabei spielen in der Labour-Partei ideologische Faktoren eine wichtige Rolle. Für England gelte

es, erklärte uns kürzlich der Sekretär der Fabian-Society, das große und gelungene Experiment des Labour-England der Welt zu erhalten, und es sei daher nicht angängig, dieses Erreichte für die Hoffnung aufzugeben — die nicht sozialistischen Regierungen auf dem Kontinent widersetzen sich weiteren Nationalisierungen —, durch den Beitritt und die Mitwirkung an der Organisierung Europas die Verteidigung des Westens zu erhöhen und so unter Umständen an der Sicherung des Friedens beteiligt zu sein. Diese Ziele seien auch auf anderem Wege erreichbar. Für den Kontinentaleuropäer bezeichnet eine solche Haltung eine eigenartige Verschiebung von Realismus und Idealismus, da er die Gefahr von Außen höher in Rechnung stellt und die innenpolitischen Programme zurückstellt. Letztlich zeigt sich in dieser Einstellung nicht eine spezifische Labour-Ideologie, sondern die ganze Tradition der kontinental-insularen Verschiedenheit und der Versuch Englands, seine imperiale Politik auch in der neuen weltpolitischen Situation weiterzuspielen. Es bleibt abzuwarten, ob hier eine Änderung möglich ist oder ein Modus vivendi gefunden werden kann.

Die Union européenne Briands ist in der Zwischenkriegszeit nicht realisiert worden. Sein Plan war etwas unvermittelt in der Diskussion aufgetaucht, ohne von genügend starken und einflußreichen Kreisen getragen zu sein. Er war zudem in einem Zeitpunkt zur Beratung gelangt, da die zwischenstaatlichen Spannungen sich wieder intensivierten und sowohl in Italien wie in Deutschland jene Kräfte die Oberhand gewannen, mit denen das Werk Locarnos nicht fortzusetzen und letztlich keine Verständigungspolitik zu treiben war. Heute scheinen die Aussichten größer zu sein. Eine rudimentäre Organisation besteht bereits, die öffentliche Meinung ist gewonnen und die äußere Gefahr drängt auf inneren Zusammenschluß Europas. Jedermann wird in den nächsten Monaten die Entwicklung mit Spannung verfolgen. Briand schrieb in seinem Memorandum über die Union européenne: *S'unir pour vivre et prospérer*. Heute wird die Aufgabe dahin gehen: *S'unir pour vivre...*